

# Pressemappe

Großdemonstration: Nein! Zum neuen Polizeigesetz NRW  
07.07.2018 Düsseldorf

## Inhalt:

- |   |          |
|---|----------|
| 1. Inhalt, Online Auftritt, Social Media t & Ansprechpersonen vor Ort | S. 1     |
| 2. Infos zum Bündnis , Unterstützende & Aktionskonsens                | S. 2     |
| 3. Ablauf & Programm  | S. 3-4   |
| 4. Demoroute & Aufstellung der Blöcke                                 | S. 5     |
| 5. Aufruf zur Demo  | S. 6     |
| 6. Anhang: Wichtige Pressemitteilungen                                | S. 7 ff. |

## Online Auftritt & Social Media

[www.no-polizeigesetz-nrw.de](http://www.no-polizeigesetz-nrw.de)  
[presse@no-polizeigesetz-nrw.de](mailto:presse@no-polizeigesetz-nrw.de)  
[www.facebook.com/NoPolGNrw](https://www.facebook.com/NoPolGNrw)

**Pressebüro:** 0157 – 38 31 99 76

**Twitter:** #NoPolGNRW #dus0707

## Lokale Ansprechpersonen auf der Demo

**Sabine Lassauer (Attac Deutschland):** 0176 – 816 512 47

**Nils Jansen (Bonner Jugendbewegung):** 0157 – 542 212 44

**Michèle Winkler (Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.):** 0177 - 272 1984

**Sonja Hänslers:** 0176 – 578 870 75

**padeluun (Digitalcourage e.V.):** 0175 – 984 9933

# Infos zum Bündnis

Wir sind das Bündnis „Nein zum neuen Polizeigesetz NRW“.

Wir sind Menschen aus verschiedenen Gruppen aus Zivilgesellschaft und außerparlamentarischem Aktivismus; wir sind Einzelpersonen aus Verbänden und politischen Parteien. Auch wenn wir in einzelnen Positionen unserer Alltäglichen Praxis nicht übereinstimmen, so kommen wir doch zusammen, um gegen das neue Polizeigesetz zu protestieren, weil es uns alle betrifft. In diesem Sinn stellen wir unsere Gemeinsamkeiten in den Vordergrund und gehen respektvoll und solidarisch miteinander um.

Grenzen findet diese Pluralität in jeder Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Faschist\*innen, Rassist\*innen und Sexist\*innen, sowie Personen und Gruppen, die durch menschenverachtende Äußerungen und Handlungen auffallen, werden in unserem Bündnis nicht geduldet.

Das Bündnis wird über 300 Organisationen und Einzelpersonen unterstützt. Eine vollständige Liste auf [www.no-polizeigesetz-nrw.de/](http://www.no-polizeigesetz-nrw.de/)

# Aktionskonsens

Wir wollen eine lebendige, bunte Demonstration gegen das repressive neue Polizeigesetz NRW. Unsere Aktion wird ein Bild der Vielfalt, Kreativität und Offenheit vermitteln.

Wir werden uns besonnen verhalten, von uns geht keine Eskalation und Gewalt aus, wir gefährden keine Menschen.

Auch wenn wir in einzelnen Positionen unserer alltäglichen Praxis nicht übereinstimmen, so kommen wir doch zusammen, um lautstark in Düsseldorf gegen das neue Polizeigesetz zu protestieren, weil es uns alle betrifft.

In diesem Sinn stellen wir unsere Gemeinsamkeiten in den Vordergrund und gehen respektvoll und solidarisch miteinander um.

Grenzen findet diese Pluralität in jeder Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Faschist\*innen, Rassist\*innen und Sexist\*innen, sowie Personen die durch menschenverachtende Äußerungen auffallen (s. oben), werden auf unserer Demonstration nicht geduldet.

In diesem Sinne: Wir gehen gemeinsam los und kommen gemeinsam an.

# Ablauf & Programm

## **12- 13 Uhr: Sammelphase am DGB Haus Düsseldorf (Friedrich-Ebert-Straße 34 – 38, 40210 Düsseldorf)**

1. Verlesung der polizeilichen Auflagen durch Anmelder
2. Musikprogramm durch DJ vom Bündnislautsprecherwagen

## **13- 13:30 Uhr: Auftaktkundgebung am DGB Haus vom Bündnislautsprecherwagen**

1. Begrüßung durch Moderation
2. Bundespolitische Einordnung des PolG – Ulla Jelpke, Die LINKE, MdB
3. Terrorismusbegriff §129 a/b und Repression gegen Kurden – Ayten Kaplan, Nav-Dem
4. Digitale Sicherheit / Digitale Überwachung – padeluun, Digitalcourage
5. PolG im Rahmen der Faschisierung des Staatsapparats – Gaby Fechtner, MLPD
6. Grußworte aus anderen Bundesländern
7. Grußwort an CSD durch Moderation und Aufbruch/Startschuss

## **13:30- 13:45 Uhr: Aufstellungs- und Aufbruchsphase**

Programm durch Demomoderation und DJ

## **13:45- 14:30 Uhr: Demozug I**

1. Musikprogramm durch DJ
2. Redebeitrag des Jugendblocks – SDAJ
3. Feministische Einordnung des PolG – denk.radikal.feministisch
4. Musikprogramm durch DJ
5. Was Polizeigesetz und Kapitalismus miteinander zu tun haben – Clara, Kommunistischer Aufbau
6. Auswirkungen des neuen PolG NRW auf Konsumenten illegalisierter Drogen – Vorbner Love, Hanfverband
7. Musikprogramm durch DJ

## **14:30- 14:50 Uhr: Zwischenkundgebung auf dem Graf-Adolf-Platz**

1. Ankündigung durch Moderation
2. PolG im Sinne des Rechtsruck aus antifaschistischer Sicht – NIKA / IL NRW
3. Rassismus / Racial Profiling Yusuf As – DIDF Jugend
4. Fussballfans und Ultras als Testballon für Repression – Julian von Dissidenti Ultra
5. Klimagerechtigkeit und PolG – Klimagruppen

## **14:50- 15:15 Uhr: Demozug II**

1. Musikprogramm durch DJ
2. Allgemeine Betroffenheit und Taktik der Regierung – Frank Herrmann, Piraten
3. Musikprogramm durch DJ

## **Ab 15:30 Uhr: Abschlusskundgebung auf Landtagswiesen**

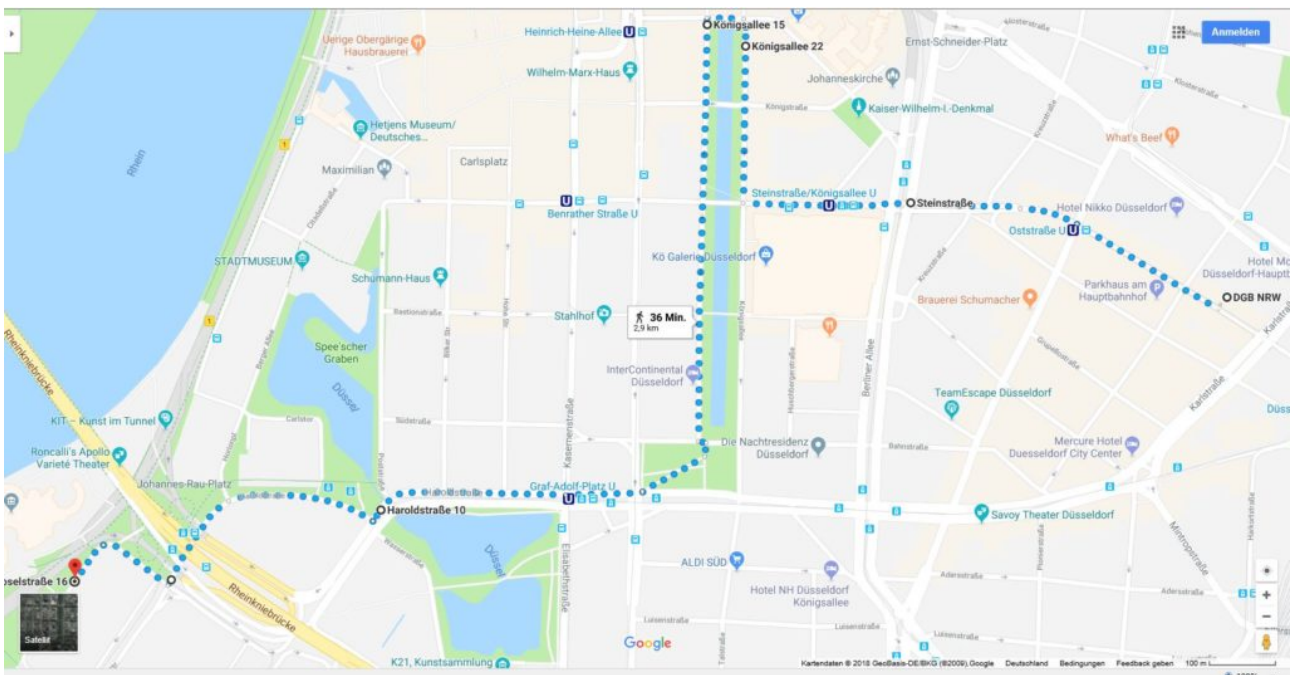
1. Begrüßung durch Moderation
2. Verfassungswidrigkeit des PolG – Verena Schäffer, Grüne, MdL
3. Juristische Einordnung des PolG – Jasper Prigge
4. Moderierter Talk: „Repression gegen linke Gruppierungen“ — Sabine / Attac, Paul / Falken, Julia / Bonner Jugendbewegung, Fr. Berfin / ATIF
5. Linksextremismus, eine gesellschaftliche Gefahr? – Deniz Ergün, Roter Aufbau
6. Diskriminierung von LGBTIQ – Michael Hohenadler, DiB
7. Moderierter Talk: „Arbeitskampf und PolG“ — Kai Müller-Horn / IG BAU, Markus Stockert / IG Metall, Katharina Loeber / ver.di
8. Zum Abschluss: Kutlu von microphone mafia

# Aufstellung der Demo-Blöcke

1. Paritätischer Bündnisblock
2. Jugendblock
3. Gegen Repression und Rechtsruck
4. Antikapitalistischer Block
5. Nav-Dem e.V.
6. Fußball: Düsseldorf + Bielefeld
7. Internationalistisches Bündnis
8. Attac und Grüne / Demokratie in Bewegung
9. DIE LINKE
10. Fußball: Köln + Dortmund
11. DKP
12. Piratenpartei
13. Fußball: Schalke
14. Hanfverband

**Aus Rücksicht auf die Privatsphäre unserer Demonstrationsteilnehmenden möchten wir darum bitten, Portraitaufnahmen nur mit Einverständnis anzufertigen.**

## Demo-Route



# Aufruf zur Großdemo

## Nein zum neuen Polizeigesetz NRW! Kein Angriff auf unsere Freiheit und Grundrechte

Die NRW-Landesregierung plant eine massive Verschärfung des Polizeigesetzes. Noch vor der parlamentarischen Sommerpause soll diese ohne große Diskussion verabschiedet werden. Diese Verschärfung hebt grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien wie die Unschuldsvermutung und Gewaltenteilung aus.

Das neue Polizeigesetz ermöglicht es, Menschen auch ohne konkreten Verdacht anzuhalten und zu durchsuchen, bis zu einem Monat in Präventivgewahrsam zu nehmen oder mit Hausarrest zu belegen. Sie soll Smartphones hacken dürfen, um Messenger wie WhatsApp mitzulesen – nicht nur von vermeintlich verdächtigen Personen, sondern auch in deren sozialem Umfeld. Zudem wird auch die Videoüberwachung des öffentlichen Raums ausgeweitet.

Kern des neuen Polizeigesetzes ist die Einführung des Rechtsbegriffes der „drohenden Gefahr“. Durch die „drohende Gefahr“, also die bloße Vermutung einer Gefahr, wird die Polizeitätigkeit vorverlagert in einen Bereich, in dem noch gar keine konkrete Gefahr droht. Verbrechen so weit im Vorfeld zu verhindern, mag im ersten Moment wünschenswert erscheinen, erhebt aber unverdächtiges, grundrechtlich geschütztes Handeln in den Bereich des verdächtigen und bedroht damit die Unschuldsvermutung. Strafbefugnisse im Polizeigesetz und der Eingriff bei Verdacht auf Gefahr verwischen die Grenze zwischen polizeilicher und nachrichtendienstlicher Tätigkeit und stellen auch die Gewaltenteilung insgesamt in Frage.

Betroffen von diesen Eingriffen in Grundrechte sind potentiell alle Menschen. Es reicht schon, zur falschen Zeit am falschen Ort zu sein. Doch muss klar sein: manche wird es früher und härter treffen als andere – nämlich diejenigen, die bereits besonderes Ziel polizeilicher Eingriffe sind. Durch den im Polizeigesetz vorgesehenen Ausbau von Strategischen Fahndungen werden von Rassismus betroffene Menschen noch weit mehr als jetzt von „racial profiling“-Kontrollen getroffen werden. Auch Wohnunglose, psychisch Kranke, politisch Aktive, Streikende, Fussballfans und viele weitere werden die Maßnahmen verstärkt zu spüren bekommen.

2017 hatte Deutschland die niedrigste Kriminalitätsrate seit einem Vierteljahrhundert. Trotzdem werden derzeit in mehreren Bundesländern die Polizeigesetze verschärft. Den Landesregierungen reichen vage Terrorängste und ein diffuses Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung als Rechtfertigung. Das ist der Weg in den Polizei- und Überwachungsstaat!

Wir sagen deshalb – wie in vielen anderen Bundesländern auch – NEIN zum neuen Polizeigesetz in NRW; NEIN zum massiven Eingriff in die Grundrechte von Millionen von Menschen und NEIN zu massenhafter Überwachung unter dem Deckmäntelchen von Sicherheit und Ordnung!

Wir wollen die Neuerungen im Polizeigesetz und die Auswirkungen, die daraus folgen, in der breiten Öffentlichkeit bekannt machen und werden dazu in vielen verschiedenen Städten NRWs Infoabende veranstalten – frag auch du bei uns für eine Veranstaltung in deiner Stadt an!

Wir fordern den Landtag NRW auf, die Gesetzesänderungen nicht zu beschließen. Hierzu werden wir die Debatten zum Gesetz im Landtag in Düsseldorf kritisch begleiten und so auch am 07.06. zur öffentlichen Anhörung aktiv sein – halte dich darüber auf dieser Seite auf dem Laufenden!

Mit einer Großdemonstration am 07.07.2018 wollen wir in Düsseldorf unseren Protest auf die Straße tragen – komm auch du mit und mobilisiere dazu im Vorfeld!

Auch wenn das Gesetz verabschiedet werden sollte, werden wir nicht aufhören dagegen aktiv zu sein – wir werden die Verschärfungen und Einschränkungen der Grundrechte aller nicht tatenlos hinnehmen!

# Anhang: Pressemitteilungen

## 06. Juli 2018: Umfassender juristischer Erfolg für das Bündnis gegen das neue Polizeigesetz NRW

**+++ Oberverwaltungsgericht NRW erteilt der versammlungsfeindlichen Linie der Polizei deutliche Absage**

Das Oberverwaltungsgericht NRW gab dem Eilantrag des Bündnisses gegen das neue Polizeigesetz NRW am heutigen Abend statt. Der polizeilichen Auflage, dass nicht mehr als zwei Lautsprecherwagen zur Großdemonstration am morgigen Tage in Düsseldorf zugelassen seien, wurde damit in zweiter Instanz eine sehr deutliche Absage erteilt. Die geplanten sechs Lautsprecherwagen dürfen fahren. In der Urteilsbegründung weist das Gericht die polizeiliche Gefahrenprognose als haltlos zurück. Für das von der Polizei aufgebaute Szenario eines unfriedlichen Verlaufs gebe es, so das Gericht wörtlich, "nichts Belastbares". Vorhergehende Versammlungen des Bündnisses seien friedlich abgelaufen, und die Zusammensetzung des Bündnisses lasse für die morgige Großdemonstration auf einen friedlichen Verlauf schließen.

*"Wir begrüßen die Entscheidung des Gerichts ausdrücklich. Sie beweist, was wir von Anfang an gesagt haben: Der polizeiliche Versuch, unser Grundrecht auf Versammlungsfreiheit einzuschränken, ist haltlos und vollkommen ungerechtfertigt. Bei Prognosen über drohende Gefahren ist der Einschätzung der Polizei zu misstrauen. Deshalb braucht es den Protest gegen die Planungen der Landesregierung",* so Thomas Eberhardt-Köster, Sprecher des Bündnisses und Versammlungsleiter.

Das Bündnis feiert seinen Erfolg und freut sich auf eine bunte, vielfältige und offene Demonstration. *"Nun können wir uns wieder auf unser eigentliches Vorhaben konzentrieren: Wir werden morgen unsere Grundrechte zu Tausenden auf der Straße verteidigen. Der polizeiliche Schikaneversuch hat die Relevanz unserer Proteste nochmals unterstrichen. Wir rufen deswegen alle freiheitsliebenden Menschen auf, Seite an Seite mit uns zu demonstrieren."* so Sonja Hänsler, Sprecherin des Bündnisses.

## **20.06.18: Nach Verschiebung der Abstimmung des neuen Polizeigesetzes: Mit Rückenwind zur Großdemonstration am 7. Juli**

**+++ Bündnis kündigt unverminderten Protest bis zur endgültigen Ablehnung an**

Das Bündnis „Nein zum neuen Polizeigesetz NRW“ mobilisiert weiterhin mit voller Kraft für die geplante Demonstration am 7. Juli in Düsseldorf. Die gestrige Ankündigung von Änderungen im Gesetzesentwurf durch CDU-Innenminister Reul verbucht das Bündnis als ersten Erfolg, will sich aber keinesfalls zurücklehnen. Der Zeitgewinn durch die verschobene Abstimmung soll genutzt werden, um den Protest zu verbreitern, zu verstetigen und das Gesetz ganz zu kippen.

*„Auch wenn unsere Kritik offenkundig Wirkung zeigt, ist unser Ziel noch lange nicht erreicht. Wir werden den Gesetzgebungsprozess auch bis zum September weiterhin mit breitem Protest begleiten, denn unser Ziel ist die Wahrung der Freiheit und Grundrechte aller Menschen. Wir wollen daher keine kosmetischen Verbesserungen, sondern die vollständige Verhinderung des neuen Polizeigesetzes NRW. Das werden wir auch auf der Großdemonstration am 7. Juli in Düsseldorf lautstark fordern“*, so Michèle Winkler, Sprecherin des Bündnisses.

Seit Ende April begleitet das immer breiter werdende Bündnis den Gesetzgebungsprozess kritisch und stößt dabei auf breites Interesse und viel Zustimmung. Momentan finden täglich Informationsveranstaltungen in ganz Nordrhein-Westfalen statt. Es haben sich lokale Bündnisableger gebildet und am 22. Juni startet eine Aktionswoche mit Demonstrationen, Kundgebungen und vielfältigen Veranstaltungen.

*„Unsere Kampagne hat sich wie ein Lauffeuer verbreitet. Wir haben offenbar einen Nerv getroffen. Gerade deshalb werden wir jetzt nicht nachlassen, denn unsere Unterstützer\*innen zählen auf uns. Eine „weniger schlimme“ Verschärfung bleibt für uns inakzeptabel, denn sie ist als Gesamtpaket brandgefährlich“*, sagte Levi Sauer, Sprecherin des Bündnisses.

Für die Demonstration am 7. Juli wird mittlerweile über die Landesgrenzen von NRW hinaus mobilisiert. Vor kurzem sprangen auch die Fanszenen mehrerer Fußballclubs mit auf, insgesamt zählt das Bündnis mittlerweile über 200 Unterstützer\*innen. Die Demonstration verspricht ein starkes Zeichen gegen die Pläne der Landesregierung zu setzen und wird der vorläufige Höhepunkt der Proteste sein. Aber schon jetzt werden Pläne für weitere Protestaktionen geschmiedet: Das Bündnis kündigt an, die gewonnene Zeit gut zu nutzen.